

ausgestatteten beiden theologischen Seminare vorbereitet, denen die Mission unter den Chinesen einen gut ausgebildeten einheimischen Pfarrerstand verdankt. Im Bildungswesen sind die Protestanten den Katholiken mit einer Universität und mehreren Universitäts-Colleges eindeutig überlegen. Auf katholischer Seite gab es bisher nur ein Universitäts-College für Mädchen. Und während die Katholiken sich rühmen, überall auf der Insel neue, zum Teil große Kirchen zu bauen, sind auch die protestantischen Gotteshäuser sehr zahlreich. Man arbeitet sogar intensiv an ihrer Vermehrung. Der geistige Einfluß des Protestantismus in Formosa, wo viele hochgestellte Persönlichkeiten, darunter Tschiangkaischek, Methodisten sind, ist noch immer unvergleichlich größer als der katholische Einfluß. 60 Prozent der ausländischen Kräfte der Protestanten sollen übrigens Amerikaner sei. Die katholische Kirche wird große Anstrengungen machen müssen, um den Rückstand namentlich im gesamten Bildungswesen aufzuholen und die jetzt gewonnenen Positionen zu festigen.

Ökumenische Nachrichten

**Zentralausschuß
des Weltrats
der Kirchen
in Nyborg**

Der 90köpfige Zentralausschuß des Weltrats der Kirchen, sein eigentlich beschlußfassendes Organ, war im Zuge seiner jährlichen Tagungen diesmal vom 21.—29. August 1958 in Nyborg auf Fünen, Dänemark, versammelt. Neben dem umfangreichen Programm seiner laufenden Arbeiten, die auf der letzten Tagung 1957 in New Haven unerledigt blieben (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 571, und 12. Jhg., S. 20 ff.), beging er das Gedenken an die vor zehn Jahren am 23. August 1948 in Amsterdam vollzogene Gründung des Weltrates, der beieinander geblieben ist, obwohl erhebliche Spannungen dogmatischer und politischer Natur und das nicht zu leugnende immer bedenklichere Ausweichen vor den schwer lösbaren Fragen der inneren Einigung im Glauben seine Arbeit belasten (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 222 ff.). Für das zweite Dezzennium hat er sich neue Probleme auferlegt, darunter den organisatorischen Zusammenschluß mit dem Internationalen Missionsrat, gegen den von orthodoxer Seite sehr ernste Bedenken erhoben werden, und die Einbeziehung des Moskauer Patriarchats in die ökumenische Arbeit, worüber die nachfolgende Meldung über die Begegnung in Utrecht das Nähere berichtet. Diese war für die Tagung in Nyborg die große Sensation. Wenn es auch noch ungewiß ist, welche Form die gesuchten Kontakte mit der Russischen Kirche haben werden, so trifft doch das Urteil des Lutheraner Dr. Franklin Clark Fry, Vorsitzender des Zentralausschusses, sicher zu, wenn er dankbar feststellte, daß das Moskauer Patriarchat den Welt-rat nicht mehr, wie noch bei seiner Gründung, als eine Organisation des westlichen Kapitalismus und westlicher Kriegstreiber betrachtet.

In seinem Jahresbericht, der u. a. den Gesprächen von Utrecht gewidmet war, erklärte der Generalsekretär, Dr. Visser 't Hooft, dem Rat sei abwechselnd und manchmal sogar gleichzeitig der Vorwurf gemacht worden, sich der Politik und Ideologie des Westens unterworfen oder aber kommunistischen Ideen die Tür geöffnet zu haben. Als die angemessene Haltung, diesen Vorwurf zu entkräften,

bezeichnete er eine Unabhängigkeit, die nichts mit geistlichem Neutralismus zu tun habe, aber mit dem Bewußtsein, daß der Weltrat letztlich nur Gott Rechenschaft schulde.

Das Arbeitsprogramm

Das Arbeitsprogramm der Tagung war mit den schwersten Themen belastet, von denen nur wenige zur Entscheidung kamen, die meisten waren praktischer und politischer Natur. Aber die erste Aufgabe des Zentralausschusses liegt weniger darin, Entscheidungen zu treffen, als die Arbeit der einzelnen Abteilungen des Weltrates zu prüfen und zu beeinflussen, und das ist ein weites Feld. Zu den eigentlichen Glaubensfragen gehörte, daß man zur Erweiterung oder Ergänzung der vielumstrittenen „christologischen Basis“ in Richtung auf eine klare trinitarische Formel offenbar noch kein Ergebnis fand. Es bleibt also dabei, daß dem Weltrat diejenigen Gemeinschaften beitreten können, „die unseren Herrn Jesus Christus als Gott und Heiland anerkennen“. In der Aussprache über die Arbeit der Kommission „für Glaube und Kirchenverfassung“ forderte der südinische Bischof Leslie Newbiggin, der inzwischen Präsident des Internationalen Missionsrates geworden ist, die theologischen Studien sollten stärker auf die schwebenden Unionspläne ausgerichtet sein, die in verschiedenen Gebieten ausgehandelt werden, darunter in Indien. Er mußte sich aber von Dr. Fry sagen lassen, daß nicht alle Kirchenunionen gut seien. Vor Nyborg hatte Bischof Newbiggin auch die Landeskirchen der „Evangelischen Kirche der Union“ in Deutschland besucht, um diese in eine internationale Organisation der Unionskirchen einzubeziehen.

Von besonderem Interesse dürfte auch für Katholiken der Beschluß sein, als Generalthema für die 3. Vollversammlung 1961 in Ceylon „Jesus Christus — das Licht der Welt“ zu wählen, und nicht, wie vermutet, das Thema: „Die Herrschaft Christi über die Welt und die Kirche“, über dessen schwerwiegende ekklesiologische und sozial-ethische Probleme und die ersten Ansätze einer Beteiligung katholischer Theologen an seiner Bearbeitung wir unlängst ausführlich berichtet hatten (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 435 ff.).

Große Bedeutung hatte die Diskussion eines schon in New Haven vorliegenden und auch diesmal nicht verabschiedeten Dokumentes über die Glaubensfreiheit, das ursprünglich einen teilweise agitatorischen Charakter gegen die Behinderung des Protestantismus in vorwiegend katholischen Ländern, vor allem Südamerika, hatte, aber unter dem Rat wahrhaft ökumenischer Geister wurde nunmehr ein Studium über die Glaubensfreiheit innerhalb der nichtchristlichen Religionen sowie in den kommunistischen Ländern eingeleitet. Auch wurde Klarheit über die Theorie und Praxis der Glaubensfreiheit gefordert, die sich die christlichen Gemeinschaften, einbegriffen die römisch-katholische Kirche, untereinander zugestehen sollten, indem sie erkennen, wie der dänische Lutheraner Professor N. H. Sørensen sagte, daß Christus nicht in himmlischer Pracht und weltlicher Würde kam, um alle Menschen zur Unterwerfung zu zwingen, sondern er kam in Knechtsgestalt und demütigte sich bis zum Tode am Kreuz. Diese Einsicht müsse die Grundlage echter Toleranz sein. An Aktuellem blieb nur ein neuer Protest gegen die immer noch anhaltende Bedrückung des „Protestantismus“ in Kolumbien. Man gedachte in der Diskussion auch der bedrängten Lage der Christen in der deutschen Ostzone wie in Ungarn.

„Die Christen und die Verhütung von Kriegen im Atomzeitalter“

Im Mittelpunkt stand wie in New Haven (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 289) ein umfassendes und wohl abgewogenes Studiendokument über die Möglichkeit der Christen, einen Atomkrieg zu verhüten, an dem auch der deutsche Physiker Professor Carl Friedrich v. Weizsäcker maßgebend beteiligt war, sowie der Theologe Helmut Thielicke. Die Grundgedanken besagen, daß sich die Christen zu einer neuen Disziplin der Buße vor Gott bekennen sollten, d. h. zu einem verantwortlichen Gebrauch technisch-wissenschaftlicher Entdeckungen und politischer Macht.

Es mag kein Zufall sein, daß dieses sehr lesenswerte Dokument, das viele Anklänge an die Schau der Dinge in Kundgebungen Papst Pius' XII. enthält, im Hamburger „Informationsblatt“ (Nr. 18, 29. 9. 58) gleichzeitig und nebeneinander mit einem ausführlichen und überaus verständnisvollen Aufsatz von Oberkirchenrat Erwin Wilkens, Hannover, über „Die Katholische Kirche und die atomaren Waffen“ veröffentlicht worden ist, hoffentlich nicht zu spät, um im Sinne des lutherischen Verfassers in Absage an „die oft zur Schau getragene protestantische Überheblichkeit gegenüber dem römisch-katholischen Naturrecht“ die Folgerungen aus der unverkennbaren praktischen Berührung der katholischen und evangelischen Sozialethik in dieser Frage zu ziehen: „Diese Art der Betrachtung der gegenwärtigen Weltlage (mit ihrer überraschenden Kenntnis der Details der Weltwirklichkeit), wie sie vor allem in den vielen Reden und Rundschreiben des Papstes geübt und damit auch der römisch-katholischen Kirche insgesamt mitgeteilt wird, findet auf nichtkatholischer Seite nur noch eine Parallele in den Kundgebungen des Ökumenischen Rates der Kirchen“, schreibt Wilkens (a. a. O., S. 311).

Das genannte Dokument schildert die gegenwärtige Situation unter der Drohung der atomaren Waffen, die in der Praxis eines Krieges unkontrollierbare Wirkungen haben würden, in sehr ernsten Perspektiven. Es konfrontiert damit die Botschaft des Evangeliums von Frieden und Gerechtigkeit und erinnert die Christen daran, daß ihr Gehorsam gegenüber dem Staat nicht absolut und bedingungslos sei. „Es wird Zeiten geben, da es ihre christliche Pflicht sein wird, kompromißlos jede Zusammenarbeit abzulehnen, selbst wenn sie dadurch zu Märtyrern werden. Diese Weigerung, selbst wenn sie Verwirrung stiftet, ist zuerst und vor allem ein Zeugnis von Gottes Liebe und Herrschaft. Wir vertrauen darauf, daß Gott ein solches Zeugnis als Instrument zur Förderung einer besseren Gesellschaftsordnung gebrauchen kann, obgleich wir darin nicht seine Rechtfertigung sehen.“ Aber die praktischen Empfehlungen einer neuen Disziplin sind keineswegs schwärmerisch, sondern nüchtern, weshalb das Dokument bei Enthusiasten wie Martin Niemöller Ablehnung erfuhr und der Zentralausschuß ausdrücklich erklären mußte, daß es keine offizielle Stellungnahme des Weltrates darstelle.

Es heißt im III. Teil in ähnlicher Diktion, wie sie Pius XII. zur Kennzeichnung des „technischen Geistes“ verwendete (vgl. Herder Bücherei Nr. 8, S. 43 ff.), daß eine gewisse Unreife im Gebrauch der technischen Wissenschaft zu beklagen sei, „weil unsere technisierte Kultur ein Element enthält, das trotz und zum Teil wegen aller positiven Errungenschaften dazu neigt, das Unpersön-

liche, Mechanische und Unbegrenzte als das anzusehen, was bestimmend ist. Die Einstellung des gewöhnlichen Menschen zu den wissenschaftlichen Errungenschaften geht bis zur Götzenverehrung“, die Fortschritte der Technik werden „als ein Mittel zur schrittweisen Erlösung betrachtet. Unter diesen Umständen neigt der Mensch eher dazu, sich dem Prozeß der Technisierung auszuliefern, als ihn zu lenken. Seine ethische Zielsetzung gleicht dieser Tendenz an. Aus diesem Grund kann kein Teil der von der Technik beherrschten Kultur in die richtigen Bahnen gelenkt werden ohne eine umfassende Disziplin, die das Ganze ethischen und moralischen Zielen unterwirft. Dies ist der Ausgangspunkt für die Beurteilung der militärischen Aspekte unserer Kultur... Die zu fordernde Disziplin schließt drei Elemente ein: Christen müssen in ihren eigenen Gedanken und Werturteilen jede Vergötterung der Wissenschaft und Technik vermeiden; sie müssen Wissenschaft und Technik analysieren, um das Schlechte unter Kontrolle zu bringen und das Gute zu verwerten. Sie müssen zur Selbstaufopferung bereit sein, um die Wohltaten der Technik mit anderen in der Welt zu teilen. Die Disziplin beruht auf der Überzeugung, daß es nunmehr notwendig ist, der Verherrlichung von Wissenschaft und Technik ein Ende zu setzen und den unpersönlichen Charakter ihres Fortschrittes mit strengen Direktiven einer moralischen Zielsetzung auszufüllen, die letztlich auf dem christlichen Glauben gründet. Die sich daraus ergebende Disziplin ist christlich, aber sie sollte auch ganz allgemein allen Menschen vermittelt werden, die von der technischen Zivilisation erfaßt werden, und dies mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Was notwendig ist, ist ein gewisser Humanismus, der sich in einer disziplinierten Lebensführung verkörpert...“

Opfer an Souveränität

Unter den praktischen Vorschlägen zur Verhütung des Atomkrieges findet sich vor allem der disziplinierte Gebrauch der Souveränität und die geduldige, gewissenhafte Verwendung der internationalen Rechtsmittel, besonders der UN, ferner eine Disziplin, Kernwaffen zu besitzen, ohne sie anzuwenden: „Atomwaffen wird es immer geben. Selbst wenn es zur Abrüstung kommt, werden die Schwierigkeiten angemessener Inspektion und der Verdacht geheimer Lager fortbestehen. Obwohl Länder, in denen Christen leben, diese Waffen besitzen und sie anwenden mögen, dürfen Christen niemals ihre Zustimmung zu ihrem Gebrauch in einem totalen Krieg geben... Die Disziplin des Verzichtes auf Kernwaffen in einem totalen Krieg muß Teil einer weiteren Disziplin werden, die, wo sie die Verwendung dieser Waffen überhaupt erlaubt, wenigstens nur in radikal beschränkter Form... Im Falle eines begrenzten Konfliktes, der in einen totalen Krieg auszuarten droht, müssen die Völker und ihre Regierungen durch Disziplin die Einstellung der Feindseligkeiten durchsetzen, selbst wenn sie die Bedingungen des Gegners annehmen müssen. Solch ein Schritt erfordert die vorherige Erziehung der Völker zur Bereitschaft, den Krieg zu beenden, sobald der Gegner zu Verhandlungen bereit ist.“

Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß Bischof Otto Dibelius, einer der sechs Präsidenten des Weltrates, seinen überragenden Einfluß mit Erfolg eingesetzt hat, um diesem Dokument, das nun zum weiteren Studium an die Mitgliedskirchen geht, seinen realistischen Charakter zu bewahren. Freilich heißt es in den Erläuterungen, die

während der mehrtägigen Diskussion zum Dokument gegeben wurden, u. a.: „Ein Waffenstillstand unter Annahme der feindlichen Bedingungen biete zwar keine Lösung für das Problem des totalen Krieges, die Zuflucht zu passivem Widerstand könnte unter Umständen Jahrzehnte von Unterdrückung und Leiden über Völker bringen, doch sei klarzumachen, daß die Zerstörung und, was schlimmer ist, die Verstümmelung ganzer Generationen unter Umständen größeres Leiden über die Menschheit bringen könnte und noch weniger zu rechtfertigen wäre als die Hinnahme von Bedingungen, die ein tyrannischer Gegner stellt...“

Der Exekutivausschuß wiedergewählt

Unter den vielen anderen Punkten der Tagesordnung ist schließlich zu erwähnen ein Bericht über „die gemeinsame Verantwortung gegenüber Gebieten raschen sozialen Umbruchs“ und eine zur Gerechtigkeit zwischen den arabischen Staaten und Israel aufrufende Nahost-Erklärung der „Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten“.

Als es darum ging, den 12köpfigen Exekutivausschuß neu zu wählen, wurde von einer Seite eine Verfassungsänderung vorgeschlagen, die es ermöglichen sollte, die Kandidaten einzeln zu wählen, was zur Ausbootung des tschechischen Delegierten Hromadka und des ungarischen Bischofs Vetö geführt hätte. Um keine Schwierigkeiten zu erleben, ließ man es bei dem geltenden Brauch und bestätigte den Exekutivausschuß im Ganzen für ein weiteres Jahr. Von einer Ersatzwahl für den unlängst verstorbenen orthodoxen Erzbischof Michael, New York, einen der Präsidenten des Weltrates, wurde vorerst abgesehen, vielleicht um den Platz offenzulassen, bis das Moskauer Patriarchat seine Entscheidung über die Utrechter Besprechungen getroffen hat.

Das erstaunlich geringe Budget für die Unterhaltung der Organe des Weltrates der Kirche wurde von 473 000 Dollar auf 495 000 erhöht. Es wurden aber Millionenbeträge für den Bau eines Verwaltungsgebäudes mit 236 Räumen in Genf bewilligt, nachdem sich der Arbeitsstab über ein Jahrzehnt mit bescheidensten Mietgebäuden und kümmerlichen Räumen begnügt hatte, um seine weltweite Wirksamkeit zu entfalten. Ernst Rasch, der Berichterstatter des Evangelischen Pressedienstes in Nyborg, schrieb dazu in „Christ und Welt“ (4. 9. 58), die Schwierigkeit für die Architekten bestehe jetzt darin, zum Ausdruck zu bringen, „daß es sich hier nicht um eine Stätte geistlicher Machtpolitik, einen ‚protestantischen Vatikan‘, handelt, sondern um eine dienende Institution verschieden geprägter Kirchen“. Er fügte seiner Gesamtwürdigung der Konferenz von Nyborg einen Satz an, den zu zitieren wir nach unserer Meldung über die „Angst vor der Superkirche“ (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 560) alle Veranlassung haben: „Nicht die ‚Superkirche‘, die das katholische Autoritätsprinzip in Dogma und Hierarchie nachahmen wollte, erscheint als Gefahr, wohl aber der geringe Rückhalt des Weltrates und seiner Sache in der Breite der ‚Kirchenvölker‘. Eine Umfrage unter den Gemeindegliedern eines beliebigen Landes, was ‚Ökumene‘ bedeutet, würde mit Sicherheit eine erstaunliche Unkenntnis zu Tage fördern.“ Die ökumenische Arbeit leide bisher daran, daß sie nicht zu Hause beginne. Ob das soeben in Genf erschienene „Handbuch des Ökumenischen Rates“, das für Pfarrer und führende Laien bestimmt ist, darin Wandel schafft? Oder bedarf es nicht

vor allem einer Arbeit, die zu einleuchtenden, verbindlichen und die Seelen wahrhaft erbauenden geistlichen Weisungen vorstößt, statt in der Flut immer neuer Probleme und Fragen steckenzubleiben?

Die Utrechter Gespräche

Die Besprechungen zwischen Vertretern des Moskauer Patriarchats und des Weltrats der Kirchen haben inzwischen in Utrecht (Holland) vom 7. bis 9. August 1958 stattgefunden. Die russische Delegation bestand aus dem Metropoliten Nikolai, Leiter des Außenamts des Patriarchats, Bischof Michael von Smolensk und dem Laien Alexander Bujewskij, der ein Kenner der ökumenischen Probleme ist und im Januar 1954 mit einem Artikel im Moskauer Patriarchatsblatt das Schweigen der russischen Kirche über das Problem des Ökumenismus brach, das seit der Moskauer Konferenz von 1948 geherrscht hatte (vgl. Roman Rößler, Das Journal des Moskauer Patriarchats als Spiegel kirchlicher Entwicklung in der Sowjetunion, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas IV, 1).

Den Weltrat vertraten der Präsident des ökumenischen Zentralausschusses Dr. Fry, Dr. Visser 't Hooft und der Vertreter des Patriarchen von Konstantinopel (zugleich der Patriarchen von Antiochien, Alexandrien und Jerusalem) beim Weltrat, Metropolit Jakobos von Malta, der Mitglied des Zentralausschusses ist. Seine Mission bei der Utrechter Zusammenkunft dürfte von größter Wichtigkeit gewesen sein. Der Vorbereitung seiner Mittlerrolle diene zweifellos sein Aufenthalt in Moskau anlässlich der Jubiläumsfeierlichkeiten des russischen Patriarchats. Wir haben an anderer Stelle vermerkt (ds. Heft, S. 104), daß er sich länger als die anderen orthodoxen Delegierten in Moskau aufgehalten hat und daß dort im Zeichen der gesamtorthodoxen Einheitsbestrebungen eine sehr freundliche Atmosphäre insbesondere auch zwischen den Patriarchaten Moskau und Konstantinopel herrschte.

Die Basis der Gespräche bildete russischerseits die Rede des Metropoliten Nikolai am 13. 5. 58 in Sagorsk. Die wichtigsten Gedanken aus dieser Rede wurden bereits vom Ökumenischen Pressedienst (Nr. 22 v. 6. 6. 58) veröffentlicht und sind unseren Lesern bekannt (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 511). Nikolai bezeichnete als einzigen Zweck der bevorstehenden Verhandlungen mit dem Weltrat der Kirchen die „gegenseitige Bekanntmachung mit den Ansichten über Zweckmäßigkeit und Formen weiterer Beziehungen“. Diese sehr vorsichtige Formulierung, deren distanzierenden Charakter der Redner noch dadurch unterstrich, daß er das Wort „Beziehungen“ mit dem Terminus „Kontakte“ erläuterte, ist vom Ökumenischen Pressedienst nicht berichtet worden, wodurch in ökumenischen Kreisen vermutlich gewisse übertriebene Hoffnungen auf einen bevorstehenden organisatorischen Anschluß der russischen Kirche genährt wurden. Am 1. 8. 58 betonte aber der OePD (Nr. 30) den privaten Charakter der bevorstehenden Gespräche und bezeichnete als ihren Zweck lediglich die Kontaktaufnahme. Die Tagespresse ließ durchblicken, daß ein formeller Beitritt der russischen Kirche zum Weltrat erhofft und erwartet worden war (vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 11. 8. und 28. 8. 58).

Auf ökumenischer Seite scheinen bei den Besprechungen die von dem Heidelberger Professor Edmund Schlink

berichteten Eindrücke über seinen Besuch beim Moskauer Patriarchat eine große Rolle gespielt zu haben. Dieses Material habe, wie die holländische Zeitung „Het Vrije Volk“ schrieb, „während der Besprechungen immer als eine Art Nachschlagewerk . . . auf dem Konferenztisch gelegen“, und aus dieser Veröffentlichung sei dem Weltkirchenrat „viele deutlich geworden“ (nach „Forschungsdienst Osteuropa“, Kurzbericht Nr. 14).

Der im Juliheft von „Kerygma und Dogma“ (4. Jhg., Heft 3, S. 191—212) erschienene Aufsatz Schlinks „Der ökumenische Beitrag der Russischen Orthodoxen Kirche“ enthält folgende Thesen: Ein Anschluß der russischen Kirche an den Weltrat wäre eine begrüßenswerte Stärkung der anderen bereits vertretenen orthodoxen und ein Gewinn für alle anderen Kirchen. Die Orthodoxe Kirche vermag bei allem Festhalten an ihren dogmatischen Bindungen doch in größerer Freiheit als andere westliche Kirchen die Behandlung gewisser Probleme wieder in Gang zu bringen, weil sie sich nicht so stark mit einzelnen dogmatischen Entscheidungen festgelegt hat, nachdem einmal die trinitarischen und christologischen Dogmen fixiert waren. Sehr fruchtbar ist Schlinks Hinweis auf den *doxologischen* Strukturcharakter der ostkirchlichen dogmatischen Formulierungen, dessen Verständnis dazu verhelfen könne, das weitgehend rationalisierend-objektivierende theologische Denken im Westen wieder mehr auf das Ereignis der Verkündigung und des gottesdienstlichen Geschehens zurückzuführen (vgl. Edmund Schlink, Die Struktur der dogmatischen Aussage als ökumenisches Problem, in: Kerygma und Dogma III, 4, S. 251—306; ders., Wandlungen im protestantischen Verständnis der Ostkirche, in: Ökumenische Rundschau VI, 4, S. 153 bis 164). Auch hinsichtlich der ekklesiologischen Fragestellung habe sich die orthodoxe Kirche nicht in gleicher Weise dogmatisch festgelegt wie etwa die römische Kirche, und die Mannigfaltigkeit orthodoxer Anschauungen über Wesen und Grenzen der Kirche — die gleichwohl nie von der sichtbaren Kirche abstrahieren — mache deutlich, daß die orthodoxe Kirche „für eine neue ökumenische Besinnung auf die Einheit der Kirche und ihre Grenzen nicht grundsätzlich verschlossen sein kann“.

Die Stärkung der orthodoxen Kirchen im Weltrat, sagt Schlink, kann entscheidend das verhärtete Verhältnis zwischen der römisch-katholischen Kirche und den Reformationskirchen auflockern und das gemeinsame Glaubensgut neu erkennen helfen. Der spezifische Beitrag der russischen Kirche zur ökumenischen Sache ergebe sich aus ihrer Leidenserfahrung in den vergangenen vierzig Jahren; andererseits stünden hiermit auch die Schwierigkeiten einer Mitarbeit im Zusammenhang, so zum Beispiel ein unbedingt notwendiger neuer Kontakt mit der theologischen Arbeit im Ausland, der für die russische Kirche mit dem Jahr 1917 völlig abbrach, die Entfaltung des bewahrten altkirchlichen Erbes in die modernen Fragestellungen hinein, die Anerkennung sozialer und politischer Fragestellungen als echt christlicher Anliegen. Vor allem müsse die russische Kirche bereit sein zur Abwehr aller staatlichen Versuche, ihre ökumenische Mitarbeit politisch auszunutzen und zu mißbrauchen. Andererseits müßten die protestantischen Mitgliedskirchen des Weltrats die theologische und theologiegeschichtliche Beschäftigung mit der Orthodoxie erheblich intensivieren und vertiefen, und der Weltrat habe die Aufgabe, sich verstärkt um ein Verständnis für christliche Existenz in anderen, totalitären Staatsformen zu bemühen.

Dr. Visser 't Hooft sagte nach Beendigung der Utrechter Gespräche, die notwendige Gegenüberstellung und geistliche Begegnung von westlicher und östlicher Christenheit könne sich nur dann hinreichend vollziehen, wenn die Stimme der alten Tradition der russischen Orthodoxie innerhalb der ökumenischen Bewegung vernehmbar wird. „Utrecht stellt nur einen allerersten Anfang dar, aber wir dürfen hoffen, daß es der Anfang eines geistigen Prozesses ist, der zu neuen geistigen Möglichkeiten führt“ (OePD Nr. 32, 22. 8. 58).

Über das, was besprochen und erreicht wurde, geben die kargen offiziellen Mitteilungen nur spärlich Auskunft. In der Vorschau auf Utrecht nannte die OePD (Nr. 30, 1. 8. 58) folgende Verhandlungsthemen: 1. die Russisch-Orthodoxe Kirche und die ökumenische Bewegung; 2. das Problem der christlichen Einheit bei der Verteidigung des Friedens; 3. die Russisch-Orthodoxe Kirche und sozialpolitische Probleme unserer Zeit; 4. die Förderung der christlichen Einheit durch den Ökumenischen Rat; 5. die gemeinsame Sorge der Kirche um die Glaubensfreiheit. Ob Thema 3, das für die russische Kirche zweifellos schwierigste Thema, erörtert worden ist, ist aus dem *Kommuniqué* nicht ersichtlich.

Das praktische Ergebnis für die ökumenische Seite war der Ausdruck der Bereitschaft zur Einladung von Beobachtern der russischen Kirche zu den Sitzungen des Zentralaussschusses — „wenn dies der Heiligen Orthodoxen Kirche von Rußland angenehm wäre“. Ein entsprechender formeller Beschluß wurde am 27. 8. vom Zentralaussschuß in Nyborg gefaßt. Ihrerseits erklärte die russische Delegation lediglich, sie würde dem Patriarchen und dem Hl. Synod im Geiste voller Sympathie für die Grundsätze der ökumenischen Bewegung Bericht erstatten und entsprechend die orthodoxen Schwesterkirchen informieren. Als Zweck der Begegnung gab das gemeinsame *Schlussscommuniqué* gegenseitigen Informationsaustausch und Klärung der beiderseitigen Positionen mit dem Ziel eines besseren gegenseitigen Kennenlernens an. „Unsere Bruderschaft in Christus war es, die unsere Begegnung möglich machte, und auf dieser Grundlage haben wir miteinander offen über das wirkliche Wesen und die Ziele der Kirchen gesprochen, die wir vertreten.“

Zu den Themen 1, 4 und 2 ist offenbar nichts entscheidend Neues über die bisher von beiden Seiten vertretenen Positionen hinaus gesagt worden. Thema 5 scheint im Hinblick auf die Lage der Kirche in der Sowjetunion und auf das ganz andere Freiheitsverständnis der westlichen Kirchen der interessanteste Besprechungspunkt gewesen zu sein. „Der grundsätzlichen Bedeutung der Freiheit, zu der Christus die Menschen befreit hat, haben wir unsere besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Jede Delegation gab ihre Ansichten darüber kund, auf welche Weise die Glaubensfreiheit in der Gesellschaft ihren Ausdruck finden sollte. Wir erörterten eine Anzahl spezieller Probleme, auf die die Kirchen stoßen, wenn sie ihrem Glauben in ihrem Leben und in ihrer Arbeit Ausdruck geben wollen. Unser Gespräch trug zu einem besseren Verständnis dieser Probleme bei.“

Das Problem des formellen Zusammenschlusses des Internationalen Missionsrats mit dem Weltrat der Kirchen, das die Beteiligung der bisherigen orthodoxen Mitgliedskirchen an der ökumenischen Bewegung immer kritischer werden läßt, wurde, dem Text des *Kommuniqués* nach zu urteilen, nicht erörtert. Da die russische Kirche außerhalb der Grenzen der Sowjetunion Missionen unterhält — was

nicht zuletzt auf außenpolitische Zielsetzungen und entsprechende Genehmigungen zurückzuführen ist —, ist sie an Fragen der Weltmission durchaus beteiligt, und ihre Stellungnahme zur beabsichtigten Koordinierung von Missionsrat und Weltrat dürfte von größtem Interesse sein (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 222). Zunächst liegen wieder scharfe Voten anderer orthodoxer Kirchen gegen den Verschmelzungsplan vor. Auf der Sitzung des Zentralausschusses in Nyborg erinnerte der Vertreter des Patriarchen von Konstantinopel, Metropolit Jakobos von Malta, an die Stellungnahme des vor kurzem verstorbenen Exarchen Michael von Nord- und Südamerika, der einer der Präsidenten des Ökumenischen Rates war. Erzbischof Michael hatte schon im vorigen Jahr Bedenken gegen eine Einbeziehung von Missionsräten in den Weltrat der Kirchen angemeldet. „Von unserem Standpunkt aus“, sagte Metropolit Jakobos, „können

wir uns nur schwer der Meinung anschließen, die kirchliche Einheit könne durch antagonistische Aktivität der Missionen gefördert werden. Wir haben bereits unsere Stellung zu dieser Frage erläutert. Wir glauben, daß Einheit dann entsteht, wenn die Kirchen sich lieben lernen und Hand in Hand dem verbindenden Kreuz des Herrn entgegengehen.“ Die Einheit der Kirche brauche sich nicht nur in Mission und Verkündigung widerzuspiegeln, sondern auch in dem sakramentalen und liturgischen Leben der Kirche. Der Verschmelzungsplan sei so radikal, daß er die Stellung der Orthodoxen Kirche nur noch erschwere und ihre Bedenken verstärke. Metropolit Jakobos und der Athener Theologieprofessor Basilius Ioannidis sprachen die Hoffnung aus, daß der Weltrat weiterhin ein Rat von Kirchen bleiben möge und keine Missionsräte oder konfessionellen Organisationen als Mitglieder aufnehme.

Die Stimme des Papstes

Rundschreiben an die Bischöfe, den Klerus und die Gläubigen Chinas (Ad Apostolorum Principis)

Am 8./9. September 1958 veröffentlichte der „Osservatore Romano“ den Wortlaut der vom 29. Juni datierten Enzyklika „Ad Apostolorum Principis“, an die Verfolgte Kirche Chinas. Das Rundschreiben, das dritte innerhalb von sieben Jahren an die chinesischen Katholiken, hat folgenden Wortlaut:

An die Ehrwürdigen Brüder
und geliebten Söhne,
die Erzbischöfe, Bischöfe, die anderen Oberhirten
und den übrigen Klerus
sowie das chinesische Volk,
die in Frieden und Gemeinschaft
mit dem Apostolischen Stuhl leben

PIUS XII., PAPST

Ehrwürdige Brüder und geliebte Söhne
Gruß und Apostolischen Segen!

An des Apostelfürsten Grab in der Pracht der Vatikanischen Basilika weihte, wie ihr wißt, Unser unmittelbarer Vorgänger, Papst Pius XI., vor 32 Jahren „die Blüte und Erstlingsfrucht des chinesischen Episkopats“ (AAS XVIII, 1926, S. 432) feierlich zu Bischöfen und hob sie zur Fülle des Priestertums empor. In jener feierlichen Stunde sprach er aus väterlichem Herzen heraus die Worte: „Ehrwürdige Brüder, ihr seid gekommen, um Petrus zu sehen. Von ihm habt ihr ja auch den Hirtenstab erhalten, den ihr für eure apostolischen Wege und um die Herde zu sammeln braucht. Petrus hat euch in Liebe umarmt, die ihr die große Hoffnung erweckt, daß die Wahrheit des Evangeliums bei euren Mitbürgern verbreitet wird“ (ebd.).

Die Verfolgung der Kirche

Die Erinnerung an diese Ansprache überkommt Uns heute, Ehrwürdige Brüder und geliebte Söhne, da die katholische Kirche in eurem Vaterland Bedrängnis erleidet. Sicher war die Hoffnung Unseres großen Vorgän-

gers weder vergeblich, noch wurde sie durch Erfolglosigkeit enttäuscht. Denn ganze Reihen heiligmäßiger Hirten und Künder des Evangeliums folgten jener ersten Schar von Bischöfen, die Petrus, in seinem Nachfolger fortlebend, zum Weiden jener auserwählten Herde Gottes ausgesandt hatte. Auch blühten neue religiöse Werke auf, von denen viele jedoch Schwierigkeiten für eine gedeihliche Entwicklung erlitten. Als Wir dann darauf mit großer Freude die kirchliche Hierarchie in China gründeten, haben Wir jene Hoffnung geteilt, sie verstärkt in Uns genährt und breitere Wege sich eröffnen sehen für die Ausbreitung des göttlichen Königreiches Christi. Doch verdunkelte sich zu Unserem großen Schmerz wenige Jahre später der Himmel mit Gewitterwolken. Für eure christlichen Gemeinden, von denen einige schon seit langer Zeit in Blüte standen, kamen traurige und leiderfüllte Zeiten. Wir sahen, wie die Missionare, darunter viele durch apostolischen Eifer hervorragende Erzbischöfe und Bischöfe, sowie Unser apostolischen Internuntius, aus China vertrieben, wie Bischöfe, Priester, Mönche, Nonnen und viele Christgläubige eingekerkert oder Angst und Bedrängnis jeder Art unterworfen wurden.

Wir konnten nicht anders handeln als Unsere klagende Stimme erheben und durch Unsere Rundschreiben *Cupimus imprimis* vom 18. Januar 1952 (AAS XLIV, 1952, S. 152 ff. [Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 378]) die ungerechte Verfolgung verurteilen. In diesem Rundschreiben haben Wir um der Wahrheit und der Gewissenspflichten Unseres Amtes willen daran erinnert, daß die Katholische Kirche als keinem Volk der Erde fremdartig, entgegengesetzt oder gar feindlich zu betrachten sei. Im Gegenteil, sie ist nur von der mütterlichen Sorge bewegt, alle Völker in gleicher Liebe zu umfassen, keine weltliche Machtstellung zu erstreben, sondern nach Kräften die Herzen aller Menschen zur Erlangung himmlischer Güter zu führen. Wir ermahnten außerdem die Missionare, nicht die Interessen einer einzigen Nation zu vertreten, son-